

## **Völkerrechtsbruch statt „Friedensplan“**

Seit langem ist der „Friedensplan“ von Trump groß angekündigt. Stattdessen immer neue Fakten zur Verhinderung eines gerechten Friedens. Am 14. Mai 2018 hatten die USA die Verlegung ihrer Botschaft nach Jerusalem mit einer demonstrativen Zeremonie trotz weltweiter Proteste eröffnet. Der offizielle "Amerika Dienst" zitierte Präsident Trump, er habe: " Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt und den Frieden zwischen Israel und Palästinensern gefördert". Der ehemalige Bundesaußenminister Sigmar Gabriel bezeichnete diesen Schritt schon früh als "sehr gefährliche Entwicklung" und dass die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels „nicht einen Konflikt beruhigt, sondern eher ihn noch einmal anheizt" und mit einem Schlag jede Chance auf eine friedliche Lösung basierend auf der Zwei-Staaten-Lösung zunichtemacht. Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, dass eine einseitige Erklärung Israels, Jerusalem als Israels Hauptstadt zu diktieren ein Verstoß gegen Völkerrecht und UN-Resolutionen ist. Jerusalem hat einen großen symbolischen Wert für Palästinenser, Christen und Muslime. Ost-Jerusalem ist ein integraler Bestand der 1967 besetzten Gebiete, weswegen die israelische Souveränität über Ost-Jerusalem auch bis heute international nicht anerkannt ist. Der Status von Jerusalem ist im Rahmen von Endstatusverhandlungen als Kernfrage bilateral zu verhandeln. Einen Staat Palästina ohne Ost-Jerusalem als Hauptstadt kann es daher auch nicht geben.

Zehn Monate nach der Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem schlossen jetzt die USA das für Palästinenser zuständige Konsulat in der Altstadt von Jerusalem. Die Palästinensische Führung hat dies als einen weiteren „politischen Anschlag“ auf ihre Rechte deutlich verurteilt. Es bleibt eine deutlich personalmäßig herunter gestufte „Miniabteilung“ in der neuen Botschaft. Damit zeigen die USA, worum es wirklich geht: die Festschreibung der völkerrechtswidrigen Anerkennung Jerusalems als ungeteilte Hauptstadt Israels. Zukünftig müssen alle konsularischen Angelegenheiten, die das besetzte Westjordanland betreffen, direkt über die Botschaft laufen und die Palästinenser sind damit abhängig von der Einstellung der palästinakritischen US-Botschaft.

Das fügt sich in eine Reihe eindeutiger politischer Maßnahmen der letzten Zeit ein, wie auch die Schließung der Vertretung der Palästinenser in Washington und die Streichung von Hilfsgeldern an das UN-Hilfswerk UNRWA, wodurch sich die Lage der Palästinenser weiter radikal verschlechtert hat. Wie die Nachrichtenagentur REUTERS berichtet hat das US-Außenministerium zudem die Golanhöhen in seinem jährlichen Menschenrechtsbericht für 2018, der Mitte März veröffentlicht wurde, als "von Israel kontrolliertes Territorium" bezeichnet. Alle früheren Regierungen hatten sich geweigert, die israelische Souveränität auf dem Golan anzuerkennen, und das Gebiet konsequent als "besetztes Gebiet" bezeichnet. Darüber hinaus werden in dem Bericht im Bezug auf die "Westbank" und dem Gazastreifen Begriffe wie "besetzt" oder "unter Besatzung" nicht mehr

verwendet, im Gegensatz zu allen US-Behörden, die diese Bezeichnungen in Bezug auf Judäa und Samaria und alle von Israel im Sechstagekrieg von 1967 eroberten Gebiete bis jetzt verwendet hatten.

Diese scheinbar nur semantische Veränderung korrespondiert allerdings mit den verstärkten Bemühungen Israels, seinen Anspruch auf Souveränität über den strategisch wichtigen Bereich zu erreichen. Die im Nahostkrieg 1967 von Syrien eroberten Golanhöhen wurden 1981 annektierte, was bis heute international ebenso wenig wie die Besetzung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens anerkannt wird. Erst vor kurzem besuchte der wichtige republikanische Senator Lindsey Graham zusammen mit Ministerpräsident Netanjahu und dem US-Botschafter in Israel David Friedman die Golanhöhen, um über Pläne zur amerikanischen Anerkennung der Souveränität Israels in den Golanhöhen als strategisch wichtigen Teil des jüdischen Staates zu diskutieren. „In Zusammenarbeit mit Senator Ted Cruz werde ich mich bemühen, den Golan jetzt und für immer als Teil des Staates Israel anzuerkennen“, wird Graham nach seinem Besuch zitiert. Hinzu kommt, dass auch für das Westjordanland und den Gazastreifen in einem gesonderten Abschnitt dieses Berichts des Außenministeriums die Begriffe "besetzt" oder unter "Besetzung" in Bezug auf die palästinensischen Gebiete nicht mehr enthalten sind.

Immer wieder heißt es, dass Washington einen neuen israelisch-palästinensischen Friedensplan nach den Wahlen in Israel am 9. April vorstellen wird.

Keine schöne Perspektive für ein zukünftiges friedliches Nebeneinander, wenn man zudem die neuesten Entwicklungen in Israel anschaut. Zum einen das Zurückhalten von der PA in Ramallah zustehenden enormen Geldern und die möglichen Konstellationen nach den Wahlen. Wie sogar die Israelfreundliche WELT am 26.2.2019 warnte, könnte es zur Zusammenarbeit von Netanyahu mit echten Rassisten aus der ehemaligen verbotenen KACH-Partei kommen, die in einer neuen aus zwei zusammengeschlossenen extremen Siedlerparteien geformten extrem rechten Partei kommen. Aktuell kommt eine weitere extrem rechte Partei, die „Jüdische Identität“ mit steigenden Wahlchancen hinzu, die offen für die Annexion des Westjordanlandes eintritt, sowie die Umwandlung des Tempelbergs mit der Al-Aksa-Moschee in ein ausschließliches jüdisches Heiligtum. Nichtjüdische Bewohner Israels sollen dazu „bewegt“ werden, auszuwandern, wenn sie dem jüdischen Staat nicht die Treue stören.

Wie der angekündigte Friedensplan aussehen wird, kann man sich also an den stückweise deutlich werdenden Maßnahmen der Trumpschen Administration und der Maßnahmen der Israelischen Regierungspolitik unschwer vorstellen.

Dr. Detlef Griesche

(Vizepräsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft e.V.)